

DIE LINKE: Generalverdacht gegen ALG-II-Empfänger

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, 2008

Angesichts der Ergebnisse einer Kleinen Anfrage zu Hausbesuchen und anderen Kontrollmaßnahmen gegen Bezieher von Hartz IV und Sozialhilfe in Thüringen bekräftigen die Fragesteller Ina Leukefeld, Arbeitsmarktpolitikerin, und Ralf Hauboldt, Justizpolitiker, übereinstimmend: "Auch die Empfänger von ALG II und Sozialhilfe haben Anspruch auf Privatsphäre." Die rasant ansteigenden Zahlen der von den Thüringer ARGE n und Kommunen bei Leistungsbeziehern durchgeführten Hausbesuche zeigte, "dass die Kontrollwut der Behörden zunimmt und offensichtlich eine Art Generalverdacht gegen ALG-II-Empfänger besteht."

Darüber hinaus komme es auch zu anderen Überwachungsmaßnahmen wie dem Einsatz von Detektiven. Dagegen hätten sich Leistungsbezieher vor Thüringer Gerichten gewehrt.

In manchen ARGE n sei die Zahl der Hausbesuche für das Jahr 2007 im Vergleich zum Vorjahr um ein Vielfaches gestiegen. Andere ARGE n hätten sich schon 2006 auf einem hohen Niveau bewegt. Manche ARGE n hätten für den Zeitraum ab 2005 gar keine oder nur unvollständige Daten vorgelegt „und das obwohl es sich bei Hausbesuchen um einen schwerwiegenden Eingriff in die Privatsphäre der Leistungsempfänger handelt“, so die beiden Abgeordneten. Auffällig sei auch, dass für den Bereich der Sozialhilfe die Daten noch lückenhafter seien.

Nach Ansicht von Leukefeld zeigt diese Entwicklung, dass von der Maxime des "Förderns und Forderns" die repressive Komponente des Forderns und Überwachens immer mehr in den Vordergrund trete. Für Hauboldt ist die Antwort der Landesregierung nicht zufrieden stellend, "weil sie keine Auskunft über andere Kontrollmaßnahmen gibt, die über Hausbesuche hinausgehen. Wir wissen aber von Betroffenen, dass solche Kontrollen, wie z.B. die Befragung von Nachbarn oder Arbeitgebern, statt-

finden." Wichtig sei jedoch das Eingeständnis der Landesregierung, dass Betroffene nicht gezwungen seien, Kontrolleure in ihre Wohnung zu lassen und dass Dritte nicht einfach über Hartz-IV-Betroffene ausgefragt werden dürfen", so Hauboldt weiter. DIE LINKE wird mit Selbsthilfeorganisationen und Sozialverbänden in einem Fachgespräch den weiteren parlamentarischen und außerparlamentarischen Umgang mit dem Problem des wachsenden Kontrolldrucks auf Leistungsbezieher diskutieren.



Aus dem ND entnommen: Er ist einer der bekanntesten Faschismusforscher Deutschlands. Nunmehr legt Kurt Pätzold seine Autobiografie vor.

- 320 S., 19,90 €
- ISBN: 978-3-360-01087-2

Überall im Buchhandel oder im ND-Shop erhältlich.

Erster Parteitag der Partei DIE LINKE

Von Gerd Röseberg, Mitglied des Vorstandes

(entnommen Mitteilungsblatt „ISOR aktuell“ Nr. 6/2008)

Am 24. und 25. Mai fand in Cottbus der erste Parteitag der Partei DIE LINKE statt, an dem Vertreter des Vorstandes von ISOR als Gäste teilnahmen.

Gäste waren auch Vertreter anderer Sozialverbände und -vereine, was darauf hinweist, die Partei DIE LINKE will ihre aktive Zusammenarbeit mit den sozialen Verbänden und Bewegungen fortsetzen mit dem Ziel eine Richtungsänderung für mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen.

Das Leitmotiv des ersten Parteitages nach dem Gründungsparteitag von 2007 war:

»Eine starke Linke, für eine andere, bessere Politik«.

Dieser erste Parteitag hat die Strategie der Partei DIE LINKE bis zur Bundestagswahl 2009 und darüber hinaus festgelegt. Dazu wurden weit reichende Beschlüsse gefasst; ein neuer Vorstand und die beiden Vorsitzenden Lothar Byski und Oskar Lafontaine gewählt.

Wir können uns ohne wenn und aber damit identifizieren wenn es im Programm des Wahljahres 2009 heißt: DIE LINKE wird einen entschlossenen Politikwechsel für die Wiedergeburt der gesellschaftlich organisierten Solidarität, für die Erneuerung der Demokratie und für eine zivile Außenpolitik führen.

Unter der Überschrift: Das will DIE LINKE sind 100 wichtige Programmpunkte und Initiativen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag genannt. In ihr fin-

den wir vieles wieder worum wir unter anderem kämpfen.

Beschlossen wurde, bis zu den Bundestagswahlen 2009 eine Rentenkampagne zu führen. Dazu wurde eine bemerkenswerte Rede von Klaus Ernst gehalten. Hier geht es vor allem um solche Eckpunkte wie:

- Für eine armutsfeste Rente;
- gegen die Rente mit 67;
- für eine schnelle Angleichung der Ostrenten an das Westniveau;
- die Wiedereinführung der Lebensstandardsicherung der gesetzlichen Rente;
- die Zwangsverrentung von älteren Menschen, die Hartz IV bekommen, soll beendet werden;
- das Versorgungsunrecht bei den Zusatz- und Sonderversorgungen der DDR soll beseitigt werden;
- Rentengerechtigkeit generell, um nur die Wichtigsten zu nennen. ISOR wird diese Rentenkampagne unterstützen.

Zusammenfassend können wir feststellen:

Die Beschlüsse des 1. Parteitages der Partei DIE LINKE sind im Interesse der Mehrheit der Menschen in Deutschland und damit auch unserer Mitgliedschaft. Wir werden die Durchsetzung der Beschlüsse als kritischer, verlässlicher und berechenbarer Partner begleiten.



Fotos: H. Rohde

